

p.B.15.11.R.(14). - JR/di

Bern, den 24. September 1962

Notiz für den DepartementschefOstkontakte

Da der sowjetische Geschäftsträger, Botschaftsrat Loguinov, bei mir sondiert hatte, ob ein Mitglied des Bundesrates zu einer Aufführung des Georgischen Balletts eingeladen werden könnte, lasse ich ihn am 22. September kommen und erkläre ihm folgendes :

Es ist nicht üblich, dass der Bundesrat Einladungen ausländischer Missionen für Veranstaltungen ausserhalb Berns annimmt, obwohl es Ausnahmen gegeben hat. Da Herr Loguinov die Anwesenheit von Bundespräsident Chaudet am letzten Konzert des "Septembre Musical" in Montreux erwähnt, unterstreiche ich, dass der Bundespräsident damit in erster Linie die Veranstalter beehren wollte, so wie er es kurz vorher in Luzern getan hatte. Die Tatsache, dass dieses Konzert von der Prager Philharmonie bestritten wurde, stellt mehr oder weniger ein zufälliges Zusammentreffen dar.

Der Bundesrat ist nach wie vor bestrebt, Ihrer Erklärung im Nationalrat vom 22. März nachzuleben. Er hat die Hoffnung nicht aufgegeben, diejenigen Kantone, die eine restriktive Praxis befolgen, von der Richtigkeit einer largeren Bewilligungspraxis zu überzeugen.

Herr Loguinov, der mir einen intelligenten Eindruck macht, reagiert auf meine Erklärungen im Gegensatz zu den ersten Kontakten, die ich mit ihm hatte, in sehr ernstem, ja hartem Ton. Er werde über die Umstände, unter denen das Georgische Ballett in der Schweiz auftreten muss, nach Moskau berichten. Es sei der Wunsch seiner Regierung, mit allen Staaten freundschaftliche



und friedliche Beziehungen zu unterhalten (Koexistenz-These). Er unterstreicht die Tatsache, dass die Schweiz beabsichtigt, dem Europarat, der Europäischen Organisation für Raumforschung und der EWG beizutreten. Es ist offensichtlich, dass Moskau diese unsere Bestrebungen sehr genau und misstrauisch verfolgt, besonders soweit sie unsere Neutralität tangieren könnten. Herr Loguinov stellt dem die Tatsache gegenüber, dass nicht einmal ein kultureller Austausch mit der Sowjetunion seitens der Schweiz möglich sei. Die Sowjetunion sei ein starker und grosser Staat. Sie sei zu einem Kulturaustausch bereit; es könne jedoch keine Rede davon sein, uns einen solchen aufzuzwingen. Herr Loguinov fragt mich, was er in seinem Bericht nach Moskau unterstreichen solle. Ich erwidere folgendes :

Bei der Europäischen Raumforschung handelt es sich um ausschliesslich zivile Zwecke, durch die unsere Neutralitätspolitik nicht berührt werde. Ebenso wenig werde sie es durch den Beitritt zum Europarat, dem Schweden und Oesterreich bereits angehörten. Was die EWG angehe, sei der Bundesrat unbedingt gewillt, den Erfordernissen der schweizerischen Neutralität voll Rechnung zu tragen. Es könne keine Rede davon sein, dass sich die Schweiz unter allen Umständen mit der EWG assoziieren werde. Schliesslich erläutere ich einmal mehr die Haltung des Bundesrates und der Bundesbehörden hinsichtlich der Ostkontakte. Grundlage der schweizerischen Haltung sei nach wie vor die Beantwortung der Interpellation Reverdin, die zu einer Beruhigung in der Öffentlichkeit beigetragen habe und im übrigen auch von Moskau akzeptiert worden sei; die Erklärung sei nach wie vor 100% gültig. Darüber hinaus versuche der Bundesrat, die Kantone für eine einheitlichere Praxis zu gewinnen. Die Situation sei deshalb nicht hoffnungslos.

- 3 -

(Zum Schluss wiederholt Herr Loguinov seine Einladung an mich, am 28. September der Ballett-Aufführung in Lausanne beizuwohnen. Er würde es auch schätzen, wenn der Generalsekretär am 28., 29. oder 30. an einer Aufführung teilnehmen würde; ich selbst werde am 28. dabei sein.)

* * *

Dieses Gespräch mit dem erst kürzlich aus Moskau eingetroffenen 1. Botschaftsrat (zur Zeit auch Geschäftsträger a.i.) hatte, wie erwähnt, einen ~~sehr~~ ernstesten Unterton. Es war eine Bestätigung dafür, dass Moskau unser Tun und Lassen vor dem Hintergrund unserer Neutralitätspolitik genau beobachtet. Umso mehr sollte versucht werden, in der Ostkontaktfrage nicht unnötigerweise noch mehr aussenpolitisches Porzellan zu zerschlagen. Es liegt auf der Hand, dass die Kantone Zürich und Bern durch ihre negative Haltung auch aussenpolitische Belange belasten. Obige Erwägungen scheinen mir von Bedeutung im Hinblick auf Ihre Fühlungnahme mit Vertretern der Berner Regierung. Was Zürich betrifft, komme ich nach nochmaliger Rücksprache mit der Eidg. Fremdenpolizei zum Schluss, dass auch mit Herrn Regierungsrat Zumbühl - vor der Polizeidirektorenkonferenz Ende Oktober - auf bundesrätlicher Ebene gesprochen werden sollte. Angesichts des aussenpolitischen Aspektes der Angelegenheit wäre es am erfolgversprechendsten, wenn Sie mit Herrn Zumbühl sprächen.

Jannet